

Bundestag verabschiedet erste Steuergesetze der großen Koalition

Drei Wochen nach dem Start der großen Koalition hat der Bundestag die ersten Gesetze zur Abschaffung Milliarden teurer Steuerprivilegien verabschiedet. Das Parlament billigte am 15.12.2005 den Wegfall der Eigenheimzulage, das Aus für reine Steuersparfonds sowie für weitere Steuervergünstigungen.

Einbußen für Hausbauer und Arbeitnehmer

Die drei Gesetze bedeuten Einbußen für Hausbauer, Arbeitnehmer, Vermieter sowie vermögende Anleger. Bund, Länder und Gemeinden dagegen können mittelfristig auf Mehreinnahmen von jährlich bis zu zehn Milliarden Euro hoffen. Der Bundesrat soll die Gesetzespläne kurz vor Weihnachten absegnen. 2006 wollen Union und SPD weitere Gesetze zum Abbau von Steuervergünstigungen auf den Weg bringen. Anfang Januar will das schwarz-rote Kabinett aber zugleich erste steuerliche Fördermaßnahmen beschließen, um die Konjunktur anzukurbeln.

Maßnahmen werden allgemein gebilligt

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) nannte die Gesetze ein Signal für die Sanierung der Staatskassen und kündigte weitere Schritte an. Neben der Konsolidierung der Haushalte müssten Impulse für Konjunktur und Beschäftigung gegeben werden. FDP, Grüne und die Linke begrüßten grundsätzlich den Abbau überholter und fragwürdiger Subventionen, kritisierten aber Teile der Gesetzesvorhaben. Diese machten das Steuerrecht komplizierter und seien missbrauchsanfällig.

Abschaffung der Eigenheimzulage

Die Eigenheimzulage wird für Neufälle zum 01.01.2006 abgeschafft. Die Förderung soll künftig auch nicht mehr auf ein Folgeobjekt übertragen werden können. Wer innerhalb des achtjährigen Förderzeitraums umziehen muss, kann für die verbleibenden Förderjahre keine Zulage mehr für ein neu erworbenes Objekt in Anspruch nehmen. Nach Zustimmung des Bundestages bleibt es auch bei dem umstrittenen Stichtag 11.11.2005 für das Aus reiner Steuersparfonds. Bei Steuerstundungsmodellen wie Medien- und Windkraftfonds wurde die Verlustverrechnung deutlich eingeschränkt.

Steuerberaterkosten nur eingeschränkt absetzbar

Ihre Steuerberaterkosten können Arbeitnehmer künftig nur noch begrenzt von der Steuer absetzen, da der Sonderabgabenabzug gestrichen wird. Steuerzahler müssen Steuerberaterkosten in einen als Werbungskosten beziehungsweise Betriebsausgaben abziehbaren Teil sowie in einen «privaten», nicht abziehbaren Teil aufteilen. Beschlossen wurde zudem der Wegfall steuerlicher Freibeträge für Abfindungen, Übergangsgelder sowie Heirats- und Geburtsfreihilfen des Arbeitgebers. Zudem wird von 2006 an die Möglichkeit, Mietwohngebäude je nach Zeitpunkt ihrer Anschaffung in fallenden Jahresbeiträgen abzuschreiben, für Neufälle abgeschafft.

beck-aktuell-Redaktion, Verlag C. H. Beck, 15. Dezember 2005 (dpa).